

Burgdorf, 24.06.2011

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am
16.06.2011 Sitzungszimmer des Rathauses II

16.WP/UmVerkA/036

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:05 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzende**

Leykum, Maria

Mitglied/Mitglieder

Degenhard, Walter
Heldt, Gabriele
Lüddecke, Dieter
Morch, Hans-Dieter
Plaß, Barthold
Rohde, Paul

Beratende/s Mitglied/er

Heller, Simone ab TOP 5

Mitglied des Rates

Rheinhardt, Michael Vertretung für Frau Rickert

Gast/Gäste

Kusber, Paula für den Seniorenrat

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Herbst, Rainer
Riessler, Stefanie bis TOP 7
Stabno, Martin

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 03.05.2011
3. Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Mitteilungen des Bürgermeisters
6. Gestaltung des Kreisverkehrsplatzes "Marktstraße/Bahnhofstraße/Vor dem Hann. Tor"
Vorlage: 2011 0946
7. Ausstieg aus der Atomstromnutzung
-Antrag der SPD-Fraktion vom 06. April 2011-
Vorlage: 2011 0915
- 7.1. Ausstieg aus der Atomstromnutzung
-Antrag der SPD-Fraktion vom 06. April 2011-
Vorlage: 2011 0915/1
8. Tierfriedhof - Entscheidung über die Fortführung
Vorlage: 2011 0942
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Leykum begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. **Herr Bertram** habe mitgeteilt, dass er an der Sitzung nicht teilnehmen kann. Die Tagesordnung wurde **einstimmig beschlossen**.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 03.05.2011

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 03.05.2011 wurde mit vier Ja-Stimmen und vier Enthaltungen genehmigt.

3. Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden

Auf Vorschlag von **Frau Leykum** wurde **Herr Degenhard** mit sieben Ja-Stimmen und einer Enthaltung als stellvertretender Ausschussvorsitzender gewählt.

4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Keine Anfragen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Herbst teilte mit:

- a) Die Region Hannover beabsichtigt im Rahmen des „Haltestellenprogramms“ den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen im Regionsgebiet. Bis Ende Mai 2011 sollten Anträge für die Haltestellen „Rubensplatz“, „Im Langen Mühlenfeld“ in Burgdorf und „Lehmkuhlenweg“ in Otze gestellt werden. Der Umbau soll im Jahr 2012 erfolgen. Die Kosten werden durch die Landesnahverkehrsgesellschaft sowie die Region Hannover getragen. Im Rahmen der Baumaßnahme an der Haltestelle „Rubensplatz“ muss ggf. ein Baum gefällt werden.
- b) Die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wurde schriftlich um Prüfung gebeten, ob die Lichtsignalanlage im Bereich „Sorgenser Mühle“ notwendig ist. Die Landesbehörde hat mit Schreiben vom 06.06.2011 geantwortet, dass die Lichtsignalanlage nicht zurück gebaut werden kann. Der Knotenpunkt B 188/Nordrampe/K 124 ist nach dem Planfeststellungsbeschluss zu signalisieren und die Grundstückszufahrt zu einer landwirtschaftlichen Fläche zu sichern. Die entsprechende Zufahrt ist planfestgestellt und eine Verlegung nicht möglich. Der auf der betreffenden Fläche tätige Landwirt hat keine andere Zufahrtsmöglichkeit und habe aktuell auf Nachfrage mitgeteilt, dass er auf die Erhaltung der planfestgestellten Zufahrt besteht. Sein Grundstück sei rückwärtig aus Richtung Sorgensen nur über die Nutzung fremder Grundstücke zu erreichen.
- c) Bei der Beratung im Verwaltungsausschuss am 10.05.2011 über das Bauprogramm der Busspur „Verlängerte Moorstraße“ wurde ein wei-

terer Poller im östlichen Teil der verlängerten Moorstraße beantragt. Die Förderung der Mehrkosten wurde bei der Landesnahverkehrs-gesellschaft Niedersachsen mbH beantragt.

- d) Die in der Grünanlage Gewerbepark Nordwest bemängelte zu geringe Wegebreite im Bereich der Kreuzungen beiderseits der Baumscheiben kann durch ein Versetzen der Sandsteinblöcke sowie Aufweitungen im Bereich der Wegekrenzungen verbreitert werden. Hierfür fallen Kosten in Höhe von ca. 1.800,00 € an.
- e) In der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12.04.2011 wurde angeregt, von der Straße „Am Bösselberg“ einen weiteren Zugang zum Stadtfriedhof zu schaffen. Die damit verbundenen Baumaßnahmen würden Kosten in Höhe von ca. 8.000,00 € verursachen. Es ist zu beachten, dass ohnehin im Rahmen des zweiten Bauabschnitts des „Ruhehains“ geplant ist, einen weiteren Zugang zu der Straße „Am Bösselberg“ zu schaffen. Daher sollte diese Angelegenheit zunächst zurückgestellt werden.
- f) Die Protokolle der Geschwindigkeitskontrollen werden der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.
- g) Der Winterdienst in der Kernstadt sowie den Ortsteilen wird mit Ausnahme von Ramlingen-Ehlershausen durch die städtischen Bauhöfe durchgeführt. In Ramlingen-Ehlershausen sind die Winterdienstarbeiten an den Maschinenring Hannover-Nord vergeben. Anhand einer fiktiven Vergleichsberechnung wurde ein Kostenvergleich für den Ortsteil Otze zwischen dem Maschinenring sowie den Bauhöfen durchgeführt. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Kosten der Bauhöfe für den Winterdienst ca. 30-35 % der Kosten betragen, die durch den Maschinenring anfallen würden. Allerdings würde eine Übernahme des Winterdienstes durch die Bauhöfe zusätzliches Personal und die Anschaffung eines Fahrzeugs und Geräte erfordern. Diese personelle und materielle Aufstockung kann nur erfolgen, wenn auch ganzjährig eine entsprechende Notwendigkeit besteht. Die höheren Kosten des Maschinenrings kommen auch dadurch zu Stande, dass dieser unabhängig von der Witterung eine Vorhaltepauschale berechnet.

Herr Lüddecke hinterfragte die Datengrundlagen der Vergleichsberechnung, insbesondere die Grundlage der Personalkosten, die für die Bauhöfe veranschlagt wurden. Hier müssten z.B. auch anteilige Kosten für die Altersversorgung usw. einbezogen werden. Herr Lüddecke erbat die Überlassung der Kostenberechnung sowie der Grundlage für die Ermittlung der Personalkostenberechnung.

Herr Herbst erläuterte, dass es sich hier um eine Vorabmitteilung handelt und dass im Zuge der Haushaltsberatungen weitere Diskussionen hierüber stattfinden werden. Die Berechnung wird über die Niederschrift (**Anlage 2**) zur Verfügung gestellt.

Herr Baxmann verwies darauf, dass im Rahmen der erfolgten Betriebskostenabrechnungen die Berechnung der Stundensätze erfolgt.

- h) Die Region Hannover plant auf ihre Kosten einen Umbau der Bushaltestellen, um diese u.a. in Otze barrierefrei zu gestalten. Der Umbau ist für das Jahr 2012 geplant. Die Haltestelle „Lehmkuhlenweg“ befindet sich in westlichen Bereich der „Worthstraße“ in Otze. Auf der Nordseite der „Worthstraße“ befindet sich kein Gehweg, so dass Fußgänger und Nutzer des ÖPNV den vorhandenen Seitenraum nutzen, der mit Schotter bzw. wenig Rasen befestigt ist. Im Zuge der Er-

schließungsmaßnahme „Baugebiet Nördlich Worthstraße“ soll ein Straßenendausbau einschließlich eines Verbindungswegs zur „Worthstraße“ erfolgen. Es wird vorgeschlagen, einen Teilgehweg vom Verbindungsweg über die geplante ÖPNV-Anlage bis zum vorhandenen Geh-/Radweg an der K121 (Burgdorfer Straße) anzulegen. Es entstehen Kosten von ca. 8.500,00 €. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Im Zuge der Baumaßnahmen müsste ein Baum gefällt werden, da die Haltestelle eine gewisse Mindestlänge aufweisen muss.

- i) Von Herrn Horst Wolf ist ein Schreiben bzgl. der Verkehrsführung in der Schloßstraße eingegangen, das der Niederschrift beigelegt wird (**Anlage 3**).
- j) Im Mai des Jahres 2011 wurden erneut Verkehrszählungen durchgeführt. Im Vergleich zu den Werten aus dem Jahr 2010 ist mit Ausnahme des Kleinen Brückendamms ein Rückgang der Verkehrsteilnehmer festzustellen, der auf die vermehrte Nutzung der Umgehungsstraße zurückzuführen ist. Das Ergebnis der Verkehrszählung wird der Niederschrift als **Anlage 4** beigelegt.

Frau Leykum erinnerte daran, dass vor der kommenden Kommunalwahl in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr im September das Thema nochmals aufgegriffen werden soll, um den kommenden Ratsmitgliedern eine Übersicht zu geben und dabei die Möglichkeit der möglichen Schaffung der sog. „kleinen Fußgängerzone“ zu diskutieren.

Herr Lüdecke wandte ein, dass er von Berufskraftfahrern darauf angesprochen worden war, dass bei einer Vollsperrung der Autobahn A2 die Verkehrsführung zu einer Überlastung in der Burgdorfer Innenstadt führe, da Verkehrsteilnehmer nicht richtig umgeleitet würden. So könnte der Beginn der Umleitung am Ostlandring beginnen.

Herr Herbst verwies darauf, dass die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr für die Umleitungsbeschilderung auf dem klassifizierten Straßennetz zuständig ist.

Frau Leykum hinterfragte, ob die damals geplante Errichtung einer Lichtsignalanlage an der Immenser Straße noch erfolgen soll. **Herr Herbst** erwiderte, dass diese Lichtsignalanlage noch eingerichtet wird. Die hiermit beauftragte Firma muss noch ein Problem mit der Programmierung beheben. Die Errichtung soll noch vor den Sommerferien erfolgen.

Frau Leykum sprach an, dass es bzgl. der Benennung von Straßen im Gebiet „Östlich Beerbuschweg“ zu Irritationen gekommen war, die nunmehr ausgeräumt worden sind. **Herr Herbst** erläuterte, dass die zuvor genannten vorgeschlagenen Baumarten für eine Anpflanzung im Straßenraum zum Teil nicht geeignet waren. Daher sei nun eine Festlegung auf die Namen bzw. Baumarten „Ulme“, „Flieder“, „Hainbuche“ und „Esche“ erfolgt.

6. Gestaltung des Kreisverkehrsplatzes "Marktstraße/Bahnhofstraße/Vor dem Hann. Tor"
Vorlage: 2011 0946

Frau Riessler stellte Konzeptplanungen für die Gestaltung des Kreisverkehrsplatzes (KVP) „Marktstraße/Bahnhofstraße/Vor dem Hannoverschen Tor“ mittels einer Präsentation vor, die der Niederschrift als **Anlage 5** beigelegt ist. Dabei betonte Frau Riessler, dass es sich hierbei nur um erste Gestaltungsvorschläge handelt, deren Elemente untereinander austauschbar sind.

Nach intensiver Diskussion einigten sich die Ausschussmitglieder darauf, für keine der vorgeschlagenen Gestaltungsvarianten eine Empfehlung abzugeben und keinen Beschluss zu fassen. Vorzugswürdig ist eine Gestaltung des KVP, die den Blick in die Innenstadt nicht versperrt. Eine Bepflanzung des KVP mit Bäumen ist aus diesem Grund nicht gewünscht. Die Gestaltung des KVP mit einer Plastik (Variante 3) wurde nicht befürwortet. Die Gestaltungsvorschläge sollen den Burgdorfer Bürgern auf der Internetseite der Stadt vorgestellt werden, um diese zu beteiligen soweit dies technisch möglich ist.

7. Ausstieg aus der Atomstromnutzung
-Antrag der SPD-Fraktion vom 06. April 2011-
Vorlage: 2011 0915

Siehe TOP 7.1.

7.1. Ausstieg aus der Atomstromnutzung
-Antrag der SPD-Fraktion vom 06. April 2011-
Vorlage: 2011 0915/1

Herr Reinhardt stellte den Antrag der SPD-Fraktion vor und lobte die Vorlage 2011 0915 bzw. 2011 0915.1 der Verwaltung. Es ist der SPD-Fraktion bewusst, dass eine Entscheidung für die Belieferung mit „atomstromfreier“ Energie Mehrkosten entstehen werden. Die bestehenden Verträge sollten jedoch grundsätzlich eingehalten und zukünftige Verträge „atomstromfrei“ werden.

Herr Lüddecke begrüßte diesen Vorschlag und betonte, dass der im Antrag enthaltene Appell an die Bundesregierung nicht weiter verfolgt werden und eine weitere Diskussion erfolgen sollte.

Frau Leykum sprach sich dafür aus, zunächst die Straßenbeleuchtung auf eine Versorgung mit „atomstromfreier“ Energie umzustellen.

Herr Baxmann schlug vor, dass seitens der Verwaltung ein konkreter Ablaufplan erstellt werden soll, der hinsichtlich der einzelnen drei Bereiche „Straßenbeleuchtung“, „Sondervertragsabnahmestellen“ sowie „Kleinverbrauchsstellen“ die jeweilige Handlungsoption mit einem dazu gehörenden Termin verdeutlicht.

Herr Plaß betonte, dass die Thematik des Klimaschutzes in den Ablaufplan eingebunden werden sollte.

Herr Lüddecke sprach sich dafür aus, dass der Energieverbrauch insgesamt

reduziert werden muss.

Frau Kusber ergänzte, dass auch die Bürger den Stromverbrauch reduzieren müssten.

Frau Leykum befürwortete, dass der konkrete Ablaufplan zu gegebener Zeit vorgelegt werden sollte und dass weitere Informationen über den Klimaschutzatlas über das Protokoll durch die Verwaltung vorgelegt werden.

Beschluss:

Einstimmig beschloss der Ausschuss für Umwelt und Verkehr, dem Rat zu empfehlen, den Bürgermeister zu beauftragen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Energieversorgung der stadteigenen Gebäude und der Straßenbeleuchtung vollständig auf die Belieferung mit Strom umzustellen, der nicht aus Atomkraftwerken stammt.

8. Tierfriedhof - Entscheidung über die Fortführung Vorlage: 2011 0942

Herr Stabno stellte die Vorlage 2011 0942 vor und erläuterte die Hintergründe der Einrichtung des Tierfriedhofs im Jahr 2001 und der weiteren Entwicklung, u.a. der Belegung und damit der Nachfrage von Tiergräbern. Bedingt durch den Tod des Betreibers des Tierfriedhofs stellt sich die Frage, ob der Tierfriedhof durch einen neuen Betreiber weiter fortgeführt werden soll. Ohne einen Tierfriedhof bestünde in Burgdorf nicht mehr die Möglichkeit einer würdigen Bestattung von Tieren, falls der Tierhalter nicht über ein eigenes Grundstück verfügt. Für die restliche Nutzungszeit der vorhandenen Tiergräber müsste die Stadt für einen gewissen Zeitraum zumindest die Pflege der Friedhofsfläche übernehmen. Falls die Entscheidung herbeigeführt wird, die Einrichtung des Tierfriedhofs durch einen Betreiber fortführen zu lassen, würde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Die Bewerber werden, wie bei der erstmaligen Einrichtung des Tierfriedhofs, dem Verwaltungsausschuss vorgestellt, der sodann über die Auswahl des Betreibers entscheidet.

Die **Herren Morich, Degenhard, Lüddecke** und **Rohde** plädierten für eine Fortführung des Tierfriedhofs mit einem geeigneten Betreiber. Keinesfalls sollte die Stadt den Tierfriedhof führen.

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr schloss sich einstimmig der Beschlussempfehlung zu 2.) a) der Vorlage 2011/0942 an und empfahl dem Verwaltungsausschuss, den Betrieb des Tierfriedhofs durch einen geeigneten Betreiber fortführen zu lassen.

9. Anregungen an die Verwaltung

1. **Frau Heldt** regte an, dass die Straßenrichtungsbeschilderung in Schillerslage hinsichtlich der Angaben der Fahrtrichtung „Burgdorf/West“ in „Schillerslage“ geändert wird, was für den Fall der Sperrung der Autobahnen wichtig ist. Die Angabe „443“ sei ebenfalls zu korrigieren.

Herr Herbst erwiderte, dass bereits durch die Verkehrsbehörde eine

entsprechende Anordnung ergangen ist. [Anmerkung über das Protokoll: Die Anordnung wurde am 18.01.2011 gegenüber der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ausgesprochen, jedoch noch nicht umgesetzt].

2. **Herr Rohde** kritisierte den Umgang der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr mit der Lichtsignalanlage im Bereich der Sorgenser Mühle. Das Schild mit dem Hinweis auf ein Einfahrtsverbot sei sachlich nicht zutreffend.

Herr Baxmann erwiderte, dass die in der eingangs von Herrn Herbst wiedergegebene Stellungnahme der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr deutlich gemacht hat, dass die vorhandene Zuwegung planfestgestellt ist. Eine Verlegung des Weges ist nicht möglich und vom Eigentümer nicht gewollt.

3. **Herr Rohde** wies darauf hin, dass am Spielplatz in der Gartenstraße noch Hinweisschilder auf die Truckstuntshow vorhanden sind, die entfernt werden sollten.
4. **Herr Rohde** verwies auf einen Leserbrief im „Anzeiger Burgdorf & Uetze“ zur Thematik „Urinieren“ anlässlich des Pferdemarktes und hinterfragte, ob nicht bei der Vielzahl der Besucher mehr mobile Toiletten durch den Veranstalter aufgestellt werden müssten.

Herr Baxmann erwiderte, dass sowohl der VVV als auch die Verwaltung bereits tätig geworden sind.

5. **Herr Rohde** regte an, dass die Plakattafeln gesäubert werden sollten.
6. **Herr Rohde** verwies auf eine unübersichtliche Verkehrsführung im Bereich „Wächterstieg“ / „Louisenstraße“ sowie „Schloßstraße“.
7. **Herr Morich** regte an, dass mehr Deutsche Eichen gepflanzt werden sollten, da zahlreiche Eichen krank seien.
8. **Herr Lüddecke** hinterfragte, welche Auflagen seitens der Verwaltung an Veranstalter bzgl. der Aufstellung mobiler Toiletten gemacht werden.

Herr Baxmann sagte zu, dass ein Muster des Merkblatts, das Teil entsprechender Genehmigungen für Veranstalter ist, als Anlage zur Niederschrift beigefügt wird (**Anlage 6**).

9. **Herr Baxmann** führte aus, dass die Verwaltung nicht jeden Verstoß gegen straßenverkehrsrechtliche Regelungen verfolgen kann und betonte, dass nicht überall Poller aufgestellt werden können. Eine höhere Kontrolldichte würde die Einstellung von mehr Mitarbeitern der zuständigen Abteilung bedeuten. Es bleibt zu prüfen, ob die Mitarbeiter der Straßenverkehrsabteilung ohne weitere Ankündigung zukünftig in den Abendstunden Kontrollen durchführen können.

Einwohnerfragestunde

Die Fragen und Antworten der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 7** beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzende

Protokollführer